

Martin Burkert

- (A) dazu. Das steht und fällt aber mit sachkundigem Personal. Wir müssen nachhaltig investieren. Ich wünsche uns, dass dieses Gesetz ohne Wenn und Aber umgesetzt wird. Ich freue mich, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das auch so sieht. Ich freue mich auf den Ausschuss und hoffe, dass wir zügig in die zweite und dritte Lesung kommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Abschließende Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt ist die Kollegin Daniela Ludwig, CDU/CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Birgit Malecha-Nissen [SPD])

Daniela Ludwig (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr viel und sehr viel Richtiges ist zu diesem Thema schon gesagt worden. Es ist berechtigterweise darauf hingewiesen worden, dass unser Zug-TÜV, wenn ich es mal salopp so nennen darf, schneller werden muss, effizienter, besser, in Teilen mit mehr Personal ausgestattet. Lieber Herr Burkert, da appelliere ich an Sie: Jeder spricht mal mit seinen Haushältern und sorgt für Sensibilität an dieser Stelle. Ich glaube, dann kriegen wir auch das richtig hin; denn es ist ein berechtigtes Anliegen, ohne Frage.

(B)

Wir tun damit Gutes für die Hersteller, weil sie künftige Kosten und Aufwand sparen, wenn sie neue Züge nicht länger monatelang sozusagen auf dem Abstellgleis auf Halde halten müssen, bis diese endlich in Betrieb genommen werden dürfen. Wir tun etwas für die Auftraggeber, für die Deutsche Bahn und andere. Wir tun etwas für die Kunden. Wir tun aber auch etwas – das kam heute noch etwas zu kurz; ich möchte es der Vollständigkeit halber erwähnen – für die Anwohner von Bahnstrecken, weil sie nun schneller in den Genuss modernerer, aber vor allem leiserer Züge kommen. Dieser Aspekt ist auch nicht ganz von der Hand zu weisen.

Wenn wir, lieber Herr Staatssekretär, die Horrormeldungen der letzten Jahre Revue passieren lassen – erinnern wir uns, welche guten, modernen Züge nicht in Betrieb gehen konnten, weil entweder, berechtigterweise, Bedenken an der Sicherheit bestanden oder aber meistens das EBA einfach nicht schnell genug war –, dann sollte dieses nun tatsächlich der Vergangenheit angehören.

Es ist gesagt worden: Es gab einen runden Tisch mit allen Beteiligten. Man hat sich ausgetauscht. Man hat in einer Übergangsphase verschiedene Verfahren und Modelle ausprobiert. Jetzt, denke ich, sind wir tatsächlich so weit – ich bedanke mich ausdrücklich auch für die Unterstützung der Grünen –, dass wir das Ganze in Gesetzesform gießen können.

Dazu, dass wir hier Private beteiligen: Ich warne schon davor, immer gleich Ausschlag zu bekommen, wenn die Wörtchen „privat“ oder „gewinnorientiert“ irgendwo vorkommen. (C)

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Keine Sorge!
Ich bekomme keinen Ausschlag!)

– Bei Ihnen muss ich mir die Sorge schon machen, Frau Leidig; es tut mir leid. – Der Ansatz, zukünftig auch private Stellen Prüfaufgaben übernehmen zu lassen, ist tatsächlich nur gut für das gesamte Verfahren. Wir sehen das bei anderen Verkehrsträgern. Es war überhaupt nicht einleuchtend, warum es auf der Schiene nicht funktionieren sollte. Deswegen bin ich schon der festen Überzeugung, dass wir hier einen zukunftsfähigen Schritt hin zu einem besseren, moderneren und leiseren Schienenverkehr tun. In diesem Sinne vielen Dank für diesen Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen ist mir auch nicht bange, dass wir, wenn wir es dann beschlossen haben nach der zweiten und dritten Lesung, gut beobachten werden, wie es läuft. Wenn es am Anfang vielleicht das eine oder andere Problemchen gibt, ist das, denke ich, völlig normal. Aber ich bin voll bei Ihnen, Herr Burkert: Wir werden es natürlich evaluieren, wir werden uns anschauen: Wo gibt es noch die eine oder andere Stelle, die wir ein bisschen schleifen müssen? – Aber im Großen und Ganzen bin ich sehr zuversichtlich, dass wir – schon schlau geworden aus den Übergangsphasen – hier ein sehr, sehr gutes neues System im wahrsten Sinne des Wortes auf die Gleise setzen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen und hoffe, dass wir unser Gesetzgebungsverfahren etwas einfacher und etwas schneller zu Ende führen können als so manches Zulassungsverfahren für den einen oder anderen Zug. (D)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 18/4202 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Dazu gibt es keine anderen Vorschläge. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Zusatzpunkt 4 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, Nicole Maisch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Männliche Eintagsküken leben lassen**Drucksache 18/4328**

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Vizepräsident Johannes Singhammer

- (A) Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für diese Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Weil sich kein Widerspruch erhebt, ist das auch so beschlossen.

Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Friedrich Ostendorff, Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schönen Dank, dass Sie den richtigen Titel des Antrages – „Männliche Eintagsküken leben lassen“ – genannt haben. Wir haben uns extra Mühe damit gegeben, und jetzt ist doch wieder das Wort „Tötung“ auf der Medienwand erschienen. Genau das wollten wir nicht.

Schon seit vielen Jahren – immer wieder einmal – steht das Dilemma des Tötens der männlichen Küken von hochspezialisierten Legehennenhybriden auf der Tagesordnung. Jährlich werden über 40 Millionen Tiere am Tage des Schlupfes aus wirtschaftlichen Gründen getötet.

Über die Art und Weise der Tötung möchte ich an dieser Stelle gar nicht sprechen. CDU-Kollege Stier und ähnlich gelagerte Abgeordnete

(Dieter Stier [CDU/CSU]: Wie ist das denn gemeint?)

- (B) werden uns Grünen auch sicher so die moralischen Bedenken als übertriebene Emotionalität auslegen. Herr Stier, sparen Sie sich diese Redezeit! Wir müssen das Problem bereden.

Bei den vernunftbegabten Kolleginnen und Kollegen wird hingegen bekümmert genickt und beteuert, dass der Missstand des Tötens gerade erst geschlüpften Lebens beendet werden müsse, aber es gebe ja leider keine Alternative dazu.

Die Zucht eines Zweinutzungshuhnes wird als Zeitvertreib für Ökos belächelt. Dabei ist dieser Weg der einzig Richtige. Es ist doch absurd, zu welchen extremen Auswüchsen die Hochleistungszucht bei den Nutztieren in den vergangenen Jahrzehnten geführt hat, nämlich so weit, dass mit der männlichen Hälfte der Population eines Tieres nichts anzufangen ist. Es wird Leben produziert, um es wenige Minuten nach dem Schlüpfen wieder zu vernichten. Das ist nichts anderes als Qualzucht, und die ist laut Tierschutzgesetz verboten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die Methode der Wahl für die großen Geflügelhaltungen ist die Früherkennung des Geschlechts im bebrüteten Ei; denn dann könnte die extreme Situation der Hochleistungszucht so bleiben, wie sie ist, aber immerhin wäre das sinnlose Sterben der männlichen Küken beendet. Das wäre doch schon mal etwas. Sie werden uns gleich aber erklären, dass man weiter forschen, forschen, forschen müsse, bis diese Methode praxisreif sei. Das

tun wir schon seit vielen Jahrzehnten und sind nicht richtig weitergekommen. (C)

Natürlich gibt es die Alternativen nicht, wenn der Druck nicht spürbar, das Töten der Tiere kostengünstiger und der Verzicht darauf sehr mühsam ist. Natürlich werden keine Anstrengungen unternommen, dies abzustellen, wenn sowieso kein Hahn danach kräht. Umso erfreulicher ist es, dass der gesellschaftliche Druck so stark geworden ist, wenn es um die Behandlung und Nutzung von Tieren geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier muss es um mehr als um Rentabilität und Stückzahlen gehen; denn bei rein ökonomischer Betrachtung ist das Verfahren mehr als schlüssig. Es gibt Hennen, die viele Eier legen, und es gibt andere Rassen, die sehr schnell sehr schwer werden. Das ist Pech für die männlichen Nachkommen der Legehennen. Hier geht es jedoch nicht um überzähliges Material wie beim Zuschnitt von Autoblechen, sondern es geht um Lebewesen. Wir Grünen sind nicht länger bereit, uns diese ewigen Hinhaltereden weiter anzuhören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Minister Schmidt gibt gerne den wertkonservativen, ethisch geprägten Christenmenschen. Er kündigt große Taten an, die dann dem Vergessen anheimgegeben werden. So hat er auch für Ostern 2015 einen Plan zum Beenden des Kükenschredderns angekündigt. (D)

(Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Ostern ist ja noch nicht!)

Nehmen wir einmal bestenfalls an, ein solcher Plan käme tatsächlich an die Öffentlichkeit. Wer glaubt denn nach dem ersten Jahr mit dem Minister noch, dass er irgendetwas Substantielles abliefert, das über Absichtsbe-kundungen für den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausgeht?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Warten wir bis Ostern!)

Seit vielen Jahren führen wir diese Diskussion nun schon. Egal welche Argumente und Ausflüchte wir gleich wieder hören werden: Jede Markteinführung, jede Innovation, geht so schnell vonstatten, wie die Umstände es notwendig machen.

Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.

Kollege Stier, das steht in § 1 des Tierschutzgesetzes und sei für Sie und für alle, die mit diesem Text nicht so vertraut sind, noch einmal gesagt. Wir sind gerne bereit, die Diskussion darüber zu führen, ob die Wirtschaftlichkeit eines Verfahrens einen vernünftigen Grund darstellt oder nicht. Aber, meine Damen und Herren, diesen Grund gibt es nicht. Von daher ist die Entscheidung klar.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Friedrich Ostendorff

- (A) Unsere Forderung: Es ist an der Zeit. Forschung ist lange genug betrieben worden. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr! Handeln Sie endlich!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die CDU/CSU hat jetzt das Wort der Kollege Dieter Stier.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieter Stier (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen „Männliche Eintagsküken leben lassen“ behandeln wir heute ein sehr sensibles Thema, welches nachvollziehbarerweise viele Menschen in unserem Land berührt. Gleichzeitig, lieber Kollege Ostendorff, ist uns aber auch bewusst, dass sich dieses Thema – das zeigt mir auch der Beginn Ihrer Rede – hervorragend dafür eignet, in bekannter Weise von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der antragstellenden Fraktion, für eine wiederholte Ideologisierung der Agrarbranche missbraucht zu werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe vom
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Darin, dass wir bei dem von Ihnen angesprochenen Thema vor einer Herausforderung stehen, sind wir uns mit Ihnen sehr wohl einig. Allein der vorgeschlagene Weg der Lösung unterscheidet uns, wie immer, voneinander.

Deutschlands Brütereien stehen in ihrem alltäglichen Geschäft vor demselben Problem: Auf 100 befruchtete Eier kommen rund 50 weibliche und 50 männliche Küken, und das ist durch uns nicht veränderbar. Die männlichen Vertreter der Legerassen verfügen aber über einen sehr geringen Fleischansatz. Dies veranlasst die Betriebe vor dem Hintergrund der Praktikabilität und der Wirtschaftlichkeit, ihren Bestand nach der Geschlechterfeststellung zu verringern.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Den Bestand zu verringern, heißt, sie alle zu töten! Das ist doch ein Euphemismus!)

Dieses Vorgehen weckt bei jedem tierschutzverbundenen Halter, bei jedem Produzenten, bei jedem in der Gesellschaft und selbstverständlich auch bei uns Politikern nicht unbedingt großes Wohlbehagen. Und ja, meine Damen und Herren, ich meine, es passt auch nicht mehr in unsere heutige Zeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber für Veränderungen brauchen wir realistische Lösungen, die es weiterhin erlauben, in gewohnter Qualität für ganz Deutschland produzieren zu können, ohne dabei die Betriebe ins wirtschaftliche Aus zu drängen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (C) Ihr Antrag, liebe Oppositionspartei, ist, mit Verlaub, sowohl für die Beschreibung der gegenwärtigen Situation als auch für das Aufzeigen echter Lösungen untauglich.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt's!)

Mit Ihrer Wortwahl appellieren Sie erneut an die Gefühle. Sie schüren Horrorvorstellungen, die die Alltagspraxis völlig verkennen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie das überhaupt gelesen? Das hat doch mit dem Antrag nichts zu tun!)

Sie reden einzig über Verbote, nicht aber zum Beispiel über vorgeschriebene Betäubungsdosierungen. Sie sind auch nicht bereit, über die Auslegung des in unserem Tierschutzgesetz vorgesehenen „vernünftigen“ Grundes für Ausnahmen – das haben Sie gerade gesagt – von der Generalklausel des Verbots von Schmerzen, Leiden oder Schäden für ein Tier zu diskutieren.

In Nordrhein-Westfalen versucht Ihr Minister Remmel, das Problem mit der Brechstange zu lösen, was aus unserer Sicht aber nicht zum Erfolg führen wird. Das hat ihm auch das Verwaltungsgericht Minden mit Urteil vom 30. Januar 2015 ins Stammbuch geschrieben, indem es diese Ordnungsverfügung für rechtswidrig erklärt hat.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Stier, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Maisch?

(D)

Dieter Stier (CDU/CSU):

Aber selbstverständlich.

Nicole Maisch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Kollege Stier, dass Sie meine Frage zulassen. – Sie haben ja gesagt, die beiden Lösungsansätze, die wir in unserem Antrag vorgeschlagen haben, also das Geschlecht bereits im Ei zu erkennen und ein Zweinutzungshuhn zu züchten, seien untauglich.

Es gibt eine schwarz-grüne Landesregierung in Hessen. Sie hat den Weg der Geschlechtererkennung im Ei als Königsweg bezeichnet. Jetzt möchte ich Sie fragen: Finden Sie, dass auch die schwarz-grüne Landesregierung eine untaugliche Agrarpolitik im Bereich der Küken macht?

Dieter Stier (CDU/CSU):

Liebe Kollegin Maisch, lassen Sie mich noch etwas weiterreden. Ich komme dann auf genau diese beiden Methoden zu sprechen. Ich habe nicht gesagt, dass ich diese als untauglich empfinde, sondern ich habe Ihren ersten Vorschlag, das regelmäßige Verbot, das Sie fordern, für untauglich erklärt.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war schon ideologisch gekennzeichnet!)

Jetzt möchte ich Ihnen das gerne weiter erklären.

Dieter Stier

- (A) Ein vorschnelles Verbot, meine Damen und Herren, hätte nichts weiter als den planmäßigen Entzug von Wirtschaftlichkeit in den Betrieben bis zur letztendlichen Schließung zur Folge. Ich sage Ihnen auch: Das Problem würde nicht bereinigt, sondern nur ins Ausland verschoben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt deshalb – jetzt komme ich dazu – auch auf die Weiterentwicklung von Methoden zur frühzeitigen Geschlechtsbestimmung im befruchteten Ei als Strategie zur Vermeidung der bisherigen Praxis.

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Herr Kollege Stier, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, diesmal des Kollegen Ebner?

Dieter Stier (CDU/CSU):

Aber sicher lasse ich auch noch die Frage des Kollegen Ebner zu.

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Das Mikro möchte nicht.

Dieter Stier (CDU/CSU):

Das hat seinen Grund.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Es ist impotent!)

Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Herr Kollege Stier, Sie hatten gesagt, Minister Remmel in Nordrhein-Westfalen wollte das mit der Brechstange machen und sei deshalb dann auch vom Gericht zurückgepiffen worden. Meine Frage ist, ob Sie bereit wären, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Gericht lediglich festgestellt hat, dass für diese Verfügung eine spezielle Ermächtigungsgrundlage gefehlt hat. Das Gericht hat also gar nicht festgestellt, dass insgesamt mit der Brechstange vorgegangen worden ist, sondern nur, dass eine spezielle Ermächtigungsgrundlage gefehlt hat, die das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft schaffen müsste. Damit ist der Ball wieder bei Ihnen. Wären Sie bereit, das zur Kenntnis zu nehmen?

Dieter Stier (CDU/CSU):

Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Das hätten Sie gern, dass der Ball bei uns ist. Selbstverständlich fehlt die spezialgesetzliche Ermächtigungsgrundlage für dieses Ansinnen, das Sie verfolgen. Das ist aber noch nicht das Ansinnen, mit dem man eine Lösung herbeiführen könnte. Deshalb erachte ich den Beschluss des Gerichtes als außerordentlich vernünftig.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir waren bei der Geschlechtsbestimmung im befruchteten Ei. Vielleicht kann ich ja auch einen Satz noch zu Ende führen. Ich will ausdrücklich unserem Minister Christian Schmidt und auch Ihnen, liebe Frau Staatssekretärin, danken, dass Sie sich des Themas in besonderer Weise annehmen. Die Koalition stellt nämlich zum Beispiel über das BMEL Mittel im Umfang von mehr als 2 Millionen Euro bis 2015 für gezielte Ver-

bundforschungsprojekte der Universität Leipzig zur Verfügung. Nach unseren Erkenntnissen soll in absehbarer Zeit eine entsprechende Technologie zur Verfügung stehen. (C)

Ich will auch auf die Bruderhahn Initiative Deutschland e. V. hinweisen. Auch die Züchtung wird – darin sind wir gar nicht so weit auseinander – ihren Beitrag auf dem Weg zu Zweinutzungsrassen leisten.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir uns einig!)

Wie Sie sehen, haben wir wesentliche Forderungen Ihres Antrages bereits erfüllt.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Erfüllt ja nicht!)

Allerdings müssen hierfür noch flächendeckend anwendbare Verfahren entwickelt werden, die eine Feststellung des Geschlechts vor dem Einsetzen des Schmerzempfindungsvermögens des Hühnerembryos ermöglichen. Da man nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand vor dem zehnten Bebrütungstag keine Schmerzempfindlichkeit des Hühnerembryos annimmt, sind also Forschungsergebnisse abzuwarten, die ein Verfahren zur Geschlechtsbestimmung vor diesem zehnten Bebrütungstag ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind also sehr wohl bereits auf einem Weg, die von Ihnen beschriebene Thematik einer Lösung zuzuführen. Deshalb ist für mich der vorliegende Antrag entbehrlich.

(D) Ich will zum Schluss eine Aussage Ihrer grünen Parteikollegin und hessischen Landwirtschaftsministerin Priska Hinz aus einem Interview mit *Agra-Europe* zitieren: „Immer mehr Menschen haben die Nase voll von einer ständigen Schwarz-Weiß-Malerei.“ Das hat sie richtig erkannt. Sie sollten auch im Bund auf Ihre eigene Kollegin hören. Ich lade Sie jedenfalls zur Mitwirkung bei der Lösung der vorliegenden Problematik mit der gebotenen Sachlichkeit ein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Für die SPD, Entschuldigung, für die Fraktion Die Linke spricht jetzt die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der LINKEN – Matthias Ilgen [SPD]: Endlich zur Vernunft gekommen!)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Auf die Koalition warte ich noch, bei der ich für euch mitreden kann.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass jährlich allein in Deutschland über 45 Millionen Eintagsküken getötet werden, ist bekannt. Sie werden getötet, weil sie genetisch für eine

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) hohe Eierleistung gezüchtet werden, aber als Hähnchen diese Leistung nicht erbringen können.

Diese männlichen Eintagsküken haben doppeltes Pech. Denn da sie aus einer Legelinie stammen, haben sie eine so geringe Fleischleistung, dass sie mit ihren Brüdern und Schwestern aus den Mastlinien nicht mithalten können. Keine Eier und zu wenig Fleisch: Das ist bisher ihr Todesurteil.

Nun steht im Tierschutzgesetz eindeutig – das wurde schon gesagt –, dass Wirbeltiere nicht ohne einen vernünftigen Grund getötet werden dürfen. Das ist natürlich eine sehr unbestimmte Formulierung. Aber fehlende Profitabilität kann ganz sicher kein vernünftiger Grund sein, Tiere zu töten.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb hat Nordrhein-Westfalen das Töten von Eintagsküken verboten. Aber dieses Verbot wurde vom Verwaltungsgericht einkassiert; davon war gerade die Rede. Dasselbe Gericht fordert aber eine umsetzbare Alternative zum Töten. Die Frage an uns lautet also nach meiner Überzeugung: Was muss getan werden, damit wir das Töten der Küken rechtssicher verbieten können?

(Beifall der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

- (B) Ich denke, dass die Antwort zügig gegeben werden muss; denn schon 2001 standen ethische Bedenken gegen diese Praxis im Tierschutzbericht der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Es muss endlich etwas getan werden. Bisher hat sich zu wenig Greifbares ergeben, weil – das ist durchaus eine These, die wichtig ist – zu viele von diesem System profitieren. Deswegen brauchen wir heute ganz klar die Botschaft: Die Zeit der Duldung ist vorbei. Wir wollen als Gesetzgeber endlich Lösungen auf dem Tisch haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man kann zwar bei Hühnern leider das Geschlecht nicht beeinflussen, wie es bei Kühen gängige Praxis ist. Vielleicht können bald deutlich vor dem Schlupf die Eier identifiziert werden, aus denen männliche Küken schlüpfen würden. Aber das ist aus unserer Sicht nur eine sehr begrenzte Lösung. Wir sind für eine grundsätzliche Lösung. Entweder schafft man eine Möglichkeit, die männlichen Küken aus den Legelinien zu mästen und zu vermarkten, oder wir halten wieder Hühner, die sowohl eine gute Legeleistung als auch eine gute Mastleistung erbringen, also sogenannte Zweinutzungshühner. Dazu gibt es bereits Projekte. Selbst die Geflügelzüchterbranche ist unterdessen bereit, hier Angebote zu machen. Aber bisher ist das eine Nische für Idealisten, weil die hohen Erzeugungskosten die Vermarktung erschweren, erst recht unter dem Preisdiktat des Lebensmittel-einzelhandels. Die Erfahrungen, die dort gesammelt werden, sind sicherlich sehr wichtig. Wenn das aber keine Nische bleiben soll, müssen wir anders ansetzen. Die Züchtung muss sicherlich vorangebracht werden. Aber am Ende muss das eigentliche Problem gelöst wer-

den. Wer Küken retten will, muss faire Marktregeln einführen; denn die Erzeugungskosten steigen natürlich, wenn pro Tier weniger Eier und weniger Fleisch mit einem höheren Futteraufwand produziert werden. Deswegen müssen dann höhere Erzeugerpreise gezahlt werden. Das heißt aber gerade für mich als Linke nicht zwangsläufig, dass auch die Lebensmittel teurer werden müssen. Denn aus unserer Sicht würde das Geld dann wieder in den falschen Taschen landen. Wer faire Erzeugerpreise und bezahlbare Lebensmittel will, muss die Marktmacht der Lebensmittelkonzerne und der Supermarktketten beschränken und sie zwingen, an einer Lösung mitzuarbeiten.

(Beifall bei der LINKEN)

In den Niederlanden geht das sogar freiwillig. Dort bietet eine Supermarktkette zum Beispiel nur fair gehandelte Bananen an und verzichtet auf Gewinn, damit der Preisabstand zu den herkömmlichen Bananen nicht zu groß wird. Auf den Hühnerbereich übertragen hieße das: Eier und Fleisch von Zweinutzungshühnern werden beim Erzeuger fair bezahlt und im Supermarkt durch Gewinnverzicht bezahlbar angeboten. Es geht also. Jetzt muss man nur noch handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

So, Frau Kollegin Jantz, jetzt haben Sie das Wort für die SPD. (D)

(Beifall bei der SPD)

Christina Jantz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Woran denken Sie, wenn Sie das Wort „Homogenisator“ hören? Dieses Wort hat etwas Klinisches. „Homogenisieren“ bedeutet im weitesten Sinne ein Gleichmachen oder ein Vermischen von zerkleinerten Bestandteilen. Der Homogenisator ist eine Maschine, die durch rotierende Messer oder Walzen tagtäglich männliche Eintagsküken tötet. Ich danke den Grünen für das Signal, gemeinsam mit uns dieses Thema anzugehen. Nicht nur im Sinne des Tierschutzes ist das massenhafte, sinnlose Töten männlicher Küken nicht mehr hinnehmbar. Vielmehr sollte eine moderne Gesellschaft grundsätzlich auf solche Praktiken verzichten und zumindest den Ausstieg daraus ganz massiv vorantreiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte einmal grundsätzlich die Dimension des Problems klarmachen. Wir kennen die genaue Zahl der getöteten Küken nicht; denn darüber gibt es gar keine konkreten Statistiken. Hochgerechnet, nimmt man eine 50-zu-50-Verteilung weiblicher und männlicher Küken an, können wir davon ausgehen, dass pro Jahr mindes-

Christina Jantz

- (A) tens 45 Millionen männlicher Eintagsküken geschreddert oder vergast werden.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Da drängt sich natürlich die Frage nach dem Warum auf. Die Zucht von Legehennen ist einzig auf die maximale Eierproduktion ausgerichtet. In einem solchen System werden die männlichen Küken als überflüssig betrachtet. Sie sind der Überschuss einer im industriellen Maßstab produzierenden Branche. Obendrein setzen die männlichen Tiere dieser Hybridrasse im Vergleich zu normalen Hühnern kaum Fleisch an. Dafür werden wiederum extra Masthähnchen gezüchtet.

Nur um die Dimension zu verdeutlichen: Den gut 45 Millionen Legehennen stehen mehr als 600 Millionen sogenannte Broiler oder, besser gesagt, Brathähnchen gegenüber. Das sind gewaltige Zahlen. Sie werfen nicht nur, finde ich, ein schlechtes Licht auf die Produzenten, sondern auch auf das Konsumverhalten. Wir konsumieren inzwischen zu viel Fleisch und vergessen dabei, was es bedeutet, ein Lebewesen zu essen. Wir müssen die Menschen stärker sensibilisieren bei ihrer Entscheidung beim Eierkauf, an der Fleischtheke, am Grillhähnchenstand vor dem Supermarkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Denn insbesondere ein Umdenken beim Einkauf wird dazu beitragen, das Leben der Tiere zu verbessern.

Deshalb kann, wie es so schön heißt, die Einführung der Möglichkeiten der In-Ovo-Geschlechtsbestimmung beim Haushuhn nur ein erster Schritt auf einem langen Weg sein. Leider ist derzeit noch keine praxisreife Technologie verfügbar, die sich für den flächendeckenden Einsatz zum Nachweis des Geschlechts des Embryos im befruchteten Hühnerei eignet. Die Erkennung muss – das ist angesprochen worden – vor dem zehnten Bebrütungstag erfolgen, da die Embryonen nur bis dahin noch kein Schmerzempfinden haben; so der bisherige wissenschaftliche Kenntnisstand.

Daher befördert die Bundesregierung nach wie vor mit hoher Priorität das noch nicht abgeschlossene Verbundforschungsprojekt der Universität Leipzig zur Im-Ei-Geschlechtsbestimmung. Eine entsprechende Technologie wird voraussichtlich in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen, die sich dann auch für einen breiten Einsatz eignen wird.

Doch dies kann nach meiner Meinung nur der Einstieg sein. Wir müssen dazu kommen, dass keine Küken mehr getötet werden müssen; denn, wie schon richtig gesagt wurde, nach § 1 Satz 2 des Tierschutzgesetzes bedarf es eines vernünftigen Grundes für das Töten von Tieren. Dies gilt auch für das Töten von männlichen Küken von Legelinien. Nach § 15 Absatz 1 Satz 1 des Tierschutzgesetzes obliegt die Durchführung des Tierschutzgesetzes und der aufgrund des Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen den nach Landesrecht zuständigen Behörden. Daher ist im Falle des Tötens von Tieren in

- jedem Einzelfall vor Ort von den zuständigen Behörden zu entscheiden, ob ein vernünftiger Grund für das Töten vorliegt. Die Tötung männlicher Küken darf dabei nur das allerletzte Mittel sein. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen allerdings auch praxisgerechte, realisierbare Lösungen. Ein generelles Tötungsverbot würde zu einer Verlagerung der Tierschutzproblematik in andere Länder führen. Ich sehe insbesondere auch die Wirtschaft in der Verantwortung, sich dieser Problematik intensiv anzunehmen und ihren Beitrag zur Entwicklung von Alternativen zur Tötung männlicher Küken zu leisten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In meinen Augen ist zum Beispiel das Zweinutzungshuhn die Alternative zum Status quo. Zweinutzung bedeutet, dass das Huhn sowohl zum Eierlegen als auch zum Fleischverzehr genutzt werden kann. Derzeit werden beispielsweise am Institut für Tierernährung des Friedrich-Loeffler-Instituts Fütterungsversuche mit dem Zweinutzungshuhn „Lohmann Dual“ – so heißen diese Rassen tatsächlich – durchgeführt. Platt formuliert: Es wird daran geforscht, wie Hähnchen besser Fleisch ansetzen können.

- Ich finde, Stigmatisierungen und Verbote helfen uns nicht weiter. Wir müssen zu praxisnahen, tierschutzgerechten und verbindlichen Regelungen kommen (D)

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! So lautet der Antrag!)

und aktiv den Dialog mit allen Beteiligten fortschreiben. Im Sinne des Tierschutzes lade ich die Grünen ein, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Abschließender Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Artur Auernhammer für die CDU/CSU.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als die Änderung der Tagesordnung bekannt geworden ist – in diesem Zusatzpunkt geht es um das Leben der männlichen Küken –, hat sich der eine oder andere Kollege, der nicht vom Fach ist, gefragt: Was ist denn das für ein Thema? Die breite Debatte heute – darin ist schon viel Richtiges gesagt worden – hat gezeigt: Es geht darum, dass in zehn Jahren über 400 Millionen Küken getötet worden sind. Das ist eigentlich das Thema. Das sollte uns auch bewegen. Ich bin dankbar für die offene und ehrliche Debatte hier. Aber den

Artur Auernhammer

- (A) Lösungsweg, den Königsweg, haben wir noch nicht gefunden. Daran müssen wir noch arbeiten.

Die Zucht von Zweinutzungstieren – das ist angesprochen worden – ist außerordentlich zu begrüßen. Wir kennen das von der Rinderhaltung. Wir kennen das auch von anderen Zuchtbereichen. Die Zweinutzungszucht ist weiter nach vorn zu bringen und wird mit Sicherheit einen großen Beitrag leisten. Ich bitte in erster Linie die gesamte Ökobranche, in diese Richtung zu züchten, in diese Produktion einzusteigen; denn sie als Vorreiter dieser Lösung sollte mit gutem Beispiel vorangehen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heißt das: Die anderen sind nicht so arg verpflichtet?)

Es ist auch schon die Möglichkeit der Geschlechtsbestimmung bereits im Ei angesprochen worden. Wir sind dabei auf dem Weg. Ich gehe auch davon aus, dass der Herr Bundesminister noch vor Ostern etwas ankündigen wird, Herr Kollege Ostendorff.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ankündigen? – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Frage ist, ob was passiert!)

– Wenn ein CSU-Minister etwas ankündigt, dann kommt auch etwas Vernünftiges dabei heraus.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Was zu beweisen wäre! – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir nicht so sicher! Allein, mir fehlt der Glaube!)

(B)

– Ein gewisser parteipolitischer Touch sei auch in dieser wichtigen Diskussion erlaubt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte hier auch die Rolle der Verbraucher ansprechen und an die Verbraucher appellieren. Warum sind wir denn so weit gekommen? Die Eier können nicht billig genug sein. Das Brathähnchen kann nicht billig genug sein. Wer im Supermarkt zehn Eier kauft und dafür gerade mal 1 Euro bezahlt, der hat für mich keinerlei Berechtigung mehr, über tote Küken zu diskutieren. Es muss ein Mehr an Erlös für die Erzeuger da sein, damit die Zweinutzungszucht auch wirtschaftlich darstellbar ist.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir diese innovativen Vorschläge der Grünen umsetzen wollen, stellt sich die Frage: Wozu wird es führen, wenn wir zu schnell an die Thematik herangehen? Ich erinnere an die Erfahrung, die wir bereits bei der Legehennenhaltungsverordnung gemacht haben: Die Hühner sitzen nicht mehr in deutschen Käfigen, sondern in irgendwelchen ausländischen Käfigen, und die Eier sind trotzdem im deutschen Supermarkt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sind sie nicht!)

Wir brauchen eine Lösung, die die Produktion im Land hält, die unsere Eierproduzenten und unsere Geflügelfleischproduzenten im Land stärkt. Sie sollen mit dieser Produktion auch ihr Geld verdienen dürfen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte auch noch das Flüssigei erwähnen. Dies wird in Lebensmitteln verarbeitet; das sieht der Verbraucher gar nicht mehr. Woher dieses Flüssigei kommt, ist manchmal sehr zu hinterfragen. Deshalb warne ich vor nationalen Alleingängen. Das ist das Lieblingsthema unserer Verbotsparterie hier. Ich warne vor solchen nationalen Alleingängen. Wir brauchen eine gemeinsame Lösung, einen europäischen Ansatz. Wenn Sie als Grüne dabei den Vorreiter machen wollen, dann machen Sie das gern. Bitte! Ich unterstütze Sie.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Johannes Singhammer:

Vielen Dank. – Damit schließe ich die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/4328 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Weil ich keinerlei Widerspruch sehe, gehe ich davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Damit ist die Überweisung auch so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Sechsten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes** (D)

Drucksache 18/4281

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für diese Aussprache ebenfalls 25 Minuten vorgesehen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist auch dieses so beschlossen.

Damit kann ich die Aussprache eröffnen. Erster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Patrick Schnieder, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Patrick Schnieder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Kernkennzeichen der Verkehrspolitik der Unionsfraktion lässt sich mit der Umschreibung zusammenfassen: Wir wollen Mobilität ermöglichen. Da, wo Verkehr stockt, wo es Hindernisse gibt, wollen wir alle Maßnahmen ergreifen, um diese Hindernisse zu beseitigen, damit Mobilität möglich wird. Dem soll das Gesetz, über das wir hier beraten, dienen, und zwar bezieht es sich auf einige Ausnahmefälle. Der Gesetzentwurf enthält zunächst einmal die Rheinbrücke bei Leverkusen im Zuge der A 1. Der Bundesrat hat angeregt, dass wir auch die Rader Hoch-